



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Namen, Nachrichten, Notizen

Universität Paderborn

Paderborn, Nr. 1.1980 - 15.1983

Bildung

urn:nbn:de:hbz:466:1-8593

Wieviel Bildung braucht, wieviel Beschäftigung bietet das Beschäftigungssystem

I.

Wachsende Beteiligung an weiterführenden Bildungsangeboten und an einer anerkannten beruflichen Ausbildung haben umfassend und stetig das Qualifikationsniveau unserer Bevölkerung erhöht. Der Anteil der ungelerten Erwerbstätigen geht deutlich zurück. Der Anteil von Hochschulabsolventen nimmt kontinuierlich zu. Am stärksten jedoch ist der Anteil der Erwerbstätigen mit einer Facharbeiter- und Fachangestelltenqualifikation gewachsen. Ohne diese Bildungsexpansion wären heute rund 1,5 Millionen Arbeitskräfte mehr auf dem Arbeitsmarkt. Trotzdem gibt es bei uns ein verbreitetes Unbehagen gegenüber dem Bildungssystem und seinen Ausbildungsangeboten. Viele Jugendliche fragen sich ob die Anstrengungen in der Schule, oder die Anstrengungen, einen der knappen Ausbildungsplätze zu erhalten, sich noch lohnen, wenn es nicht sicher ist, anschließend einen entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten. Vertreter der Wissenschaft fragen, ob nicht zu viele Jugendliche zu qualifiziert ausgebildet werden, vor allem im Hochschulbereich. Weder die Wirtschaft noch der öffentliche Dienst könnten alle Akademiker entsprechend ihrer Ausbildung beschäftigen. Gewerkschaftsvertreter fragen, ob nicht zu viele Jugendliche in Berufen ausgebildet werden, die langfristig keine Zukunftschancen haben. Einige Wissenschaftler schließlich weisen darauf, daß viele Betriebe im Zuge der Rationalisierung und Automatisierung ihren Bedarf an Arbeitskräften, auch an Facharbeitern, senken werden. Sie gaben zu bedenken, daß voraussichtlich der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften wieder steigen wird. Diese Einwände lassen sich zusammenfassen in der Frage, ob das Bildungsangebot ausreichend auf den

heutigen und zukünftigen Bedarf des Arbeitsmarktes abgestimmt ist. Um es vorweg zu nehmen, auch Experten, voran die Vertreter der Wirtschaft, reagieren ratlos auf die Frage nach dem zukünftigen Bedarf. Angesichts dieser Tatsache wird der geläufige Vorwurf an die Bildungspolitiker, sie berücksichtigen den Bedarf des Arbeitsmarktes nicht, zumindest fragwürdig.

II.

Zunächst die Frage, ob die Bildungspolitik der vergangenen Jahre bereits heute zu einem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. Sieht man sich das Beschäftigungsrisiko der einzelnen Gruppen von Arbeitnehmern an, so läßt sich eindeutig feststellen: Schulische und berufliche Qualifikation haben sich für den einzelnen bisher gelohnt. Unter den Arbeitslosen — das hat sich inzwischen herumgesprochen — sind Bewerber ohne abgeschlossene Berufsausbildung überproportional vertreten. Facharbeiter und Angestellte mit einer abgeschlossenen Lehre sind weit weniger von Arbeitslosigkeit, insbesondere länger dauernder, betroffen. Begrenzt sind gegenwärtig auch die Beschäftigungsrisiken von Hochschulabsolventen. Ihre Arbeitslosenquote liegt deutlich unter derjenigen der gesamten Arbeitnehmerschaft. Selbstverständlich können sich auch Hochschulabsolventen dem allgemeinen Beschäftigungsrisiko nicht völlig entziehen. Selbstverständlich ist uns ihre Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung nicht gleichgültig. Aber sie ist nicht Kern unserer Arbeitsmarktprobleme, sondern der generelle Mangel an Ar-

beitsplätzen. Ich bedaure deswegen, daß die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen in der Öffentlichkeit mit so viel größerer Aufmerksamkeit behandelt wird, als z. B. die der Ungelernten. Die Aussagen der Arbeitslosenstatistik werden durch eine sehr gründliche repräsentative Erhebung bestätigt, die kürzlich im Auftrage der Bundesregierung durchgeführt wurde. Sie hat ergeben, daß die Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung die ungünstigsten Wiederbeschäftigungschancen haben. Erheblich besser sind sie für Arbeitnehmer mit berufsbildendem Abschluß und auch für Hochschulabsolventen. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Politik der Ausweitung und Verbesserung des Bildungsangebotes bereits heute den Bedarf des Arbeitsmarktes verfehlt hat. Der häufig diskutierte Mangel an Facharbeitern in bestimmten Branchen und Regionen ist jedenfalls nicht dadurch verursacht, daß heute mehr junge Menschen studieren als in früheren Jahrzehnten. Der Anteil der Jugendlichen, die zu Facharbeitern ausgebildet werden, ist nämlich gewachsen, auch bei den geburtenstarken Jahrgängen. Der Mangel ist vielmehr ein Argument für noch mehr Ausbildungsplätze in der beruflichen Bildung. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat mehrfach darauf hingewiesen, daß die Anforderungen von Firmen und Verwaltungen an die allgemeine und berufliche Qualifikation im Vergleich zur Zeit der Vollbeschäftigung erheblich gestiegen sind. Demgegenüber — so Herr Stingl — setzt sich der Kreis der Arbeitslosen zunehmend aus Menschen zusammen, die diesen erhöhten Anforderungen aus verschiedenen Gründen nicht entsprechen. Dieser Umstand kann in der Tat zur Folge haben, daß die Beschäftigung etwa von Ungelernten, Personen mit

gesundheitlichen Schäden, aber auch zum Teil von älteren Arbeitnehmern und Frauen zunehmend zu einem strukturellen Problem wird. Die Lösung liegt hier ebenfalls in mehr Bildung, in der beruflichen Fortbildung und Umschulung. Weniger Bildung wäre jedenfalls eine falsche Antwort.

III.

Wenn die Qualifikationspolitik sich jedenfalls bisher als richtig erwiesen hat, so bleibt die Frage nach ihrer Gültigkeit in der Zukunft. Sie läßt sich nur beantworten, wenn wir zumindest in groben Zügen die künftige Entwicklung der Wirtschaft einschätzen können.

Einige Grundtendenzen lassen sich benennen:

1. Wir sind im internationalen Vergleich ein Land mit hohem Lohnniveau und wollen das bleiben.
2. Wir verfügen, gemessen am Bedarf unserer Volkswirtschaft, über wenig Rohstoffe.
3. Wir sind auf internationalen Handel, auf Verflechtung mit der Weltwirtschaft angewiesen.

Daraus ergeben sich Folgerungen: Die Stärke der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb kann auch in Zukunft nur in dem Angebot technologisch hochentwickelter Güter und Dienstleistungen liegen. Das hohe Ausbildungsniveau unserer Arbeitskräfte ist dabei ein entscheidender Vorteil. Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten wollen, dürfen wir diesen Vorteil nicht preisgeben. Qualifikationspolitik allein kann Beschäftigungsschancen nicht sichern. Aber sie ist Voraussetzung dafür, daß eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Wirtschaftspolitik wirksam wird. Andererseits ist es eine wichtige Aufgabe, den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen. Und doch darf die Bildungspolitik nicht auf sie verkürzt werden.

Bildung ist z. B. ebenso wichtig für die politische Teilhabe des Bürgers an der Demokratie. Bildung ist wichtig für die Entfaltung der Persönlichkeit in der Freizeit, die mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter wachsen wird. Mit einem ohnehin nicht präzise zu berechnenden Bedarf im Beschäftigungssystem wäre zum Bei-

spiel ein Ausschluß junger Menschen von Bildungsschancen nicht zu rechtfertigen. Das Grundrecht der freien Wahl von Ausbildungsstätte und Beruf begründet zwar keinen unbegrenzten individuellen Anspruch der Gesellschaft. Aber es verbietet die umfassende Reglementierung und Steuerung der Ausbildung. Das gilt — um ein besonders umstrittenes Thema nicht auszusparen — auch für die Ausbildung von Ärzten. Das Bundesverfassungsgericht hat hier klare Maßstäbe aufgestellt: „Vorhandene Ausbildungskapazitäten sind erschöpfend zu nutzen“. Kapazitäten und nicht Prognosen setzen die Zulassungsgrenze.

Andererseits kann der Staat auch den Angehörigen akademischer Berufe, — den Rechtsanwälten, Ingenieuren, Lehrern, Architekten oder den Ärzten — das Beschäftigungsrisiko nicht abnehmen ... Aussagen über Arbeitsmarkterfordernisse und Beschäftigungsaussichten können deshalb nur der Information und Orientierung der Jugendlichen dienen. Als Grundlage einer direkten Steuerung ihrer Bildungswege wären sie ungeeignet.

Hinzu kommt, daß es langfristige Prognosen über den Bedarf an Arbeitskräften nicht gibt. Auch der Aussagewert der kurz- und mittelfristigen Prognose ist zweifelhaft.

Dieter Mertens, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sagte kürzlich in einem Expertengespräch: „Einem Bildungsgesamtplan, der Beschäftigungsbezug haben will, entspricht im Prinzip logischerweise ein Arbeitsgesamtplan. Das Verlangen nach einer bildungspolitischen Langzeitkonzeption bei vorherrschend kurzfristig pragmatischer Wirtschaftsentwicklung ist widersprüchlich“.

Lenkung der Bildungswege nach Fachrichtungen und Qualifikationsebenen durch den Staat wäre allein aus diesem Grunde systemwidrig. Wer eine zentrale Planung der Wirtschaft ablehnt, der sollte einer Verplanung von Menschen nicht das Wort reden.

IV.

Gerade weil aus all diesen Gründen eine nahtlose Anpassung des Bildungs- an das Beschäftigungssystem weder ein erstrebenswertes,

noch ein realisierbares Ziel ist, gilt es die gegenseitige Orientierung und Flexibilität auf beiden Seiten zu fördern. Patentrezepte gibt es nicht. Aber die Bildungspolitik kann wichtige Beiträge leisten, um den Jugendlichen den Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem zu erleichtern.

1. Vordringlich bleibt, die Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß weiter zu verringern. Wem dieser Abschluß fehlt, für den ist schon der Übergang in die Berufsausbildung schwer.
2. In den höheren Klassen der allgemeinbildenden Schulen sollte den Schülern Einblick in die Wirtschafts- und Arbeitswelt vermittelt werden, um sie zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung zu motivieren und ihnen die Berufswahl zu erleichtern.
3. Die Bundesregierung setzt sich für den zügigen Ausbau des 10. Bildungsjahres ein. Es soll eine Gelenkfunktion ausüben zwischen Schule und beruflicher Bildung. Auf diese Weise wollen wir erreichen, daß möglichst viele der Jugendlichen, die bisher aus dem 9. Schuljahr direkt als Jungarbeiter auf den Arbeitsmarkt gingen, noch eine Chance für eine Berufsausbildung erhalten ...
4. Eine breite berufliche Grundbildung, wie sie das Berufsbildungsgesetz vorschreibt, ist noch wichtiger geworden. Denn breit verwertbare Grundkenntnisse helfen den Jugendlichen, später Veränderungen im Beschäftigungssystem besser bewältigen und mitgestalten zu können.
5. Auch im Hochschulbereich sind Veränderungen erforderlich, wenn eine bessere Verbindung zum Beschäftigungssystem erreicht werden soll. Ich habe „Orientierungspunkte“ zur Hochschulausbildung in die öffentliche Diskussion eingebracht. Verstärkter Praxisbezug und verbesserte Studienberatung sollen die berufliche Orientierung der Studenten fördern. Eine breite Grundbildung in allen Studiengängen soll die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Absolventen verbreitern helfen. Um das Risiko von Fehlentscheidungen zu mindern, brauchen die Studenten ein differenziertes Studienangebot, Möglichkeiten zum Ergänzungsstudium und Weiterbildungsangeboten.

6. Jedem Jugendlichen muß über die Pflichtschulzeit hinaus ein Angebot für eine qualifizierte Berufsausbildung gemacht werden. Das gilt auch für die geburtenstarken Jahrgänge. Daß mit einer qualifizierten Ausbildung die Aufnahme einer anderen als der erlernten Berufstätigkeit sehr viel leichter ist als ohne sie, ist inzwischen erwiesen. Weil aber niemand voraussagen kann, wohin ein solcher Wechsel erforderlich ist, ist nicht die angebliche Überqualifikation das Problem. Auch eine sogenannte Fehlqualifikation ist dem völligen Mangel an Ausbildung vorzuziehen.

V.

Ich habe damit einige wichtige Beiträge der Bildungspolitik genannt, die zu einem besseren Zusammenwirken von Bildungssystemen und Arbeitsmarkt führen können. Aber auch das Beschäftigungssystem ist herausgefordert, seinen Beitrag zu leisten. Allerdings: Wenn mehr Jugendliche die Chance zu einer qualifizierten Ausbildung erhalten, dann bedeutet das mehr Wettbewerb. Das muß den jungen Menschen frühzeitig deutlich gemacht werden. Auch die Älteren sind durch diesen Wettbewerb herausgefordert. Es wird viel von der Enttäuschung junger Menschen gesprochen, die nicht

sogleich nach Abschluß ihrer Ausbildung eine ihren Vorstellung und Erwartungen voll entsprechende Position erhalten. Hier gilt es auch die andere Seite zu sehen: die Enttäuschung Älterer, die sich zurückgesetzt fühlen müßten, wenn ihre berufliche Erfahrung zugunsten höherer formaler Qualifikation der Jüngeren gering geschätzt würde. Ich bin mehr für den Wettbewerb. Aber ich bin, wie Peter Glotz, für die Konkurrenz zwischen gut ausgebildeten Erwachsenen und gegen eine Konkurrenz in den Schulen. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt soll durch Leistung im Arbeitsleben entschieden werden und nicht durch Berechtigungsscheine des Bildungswesens.



Foto Privat

Dr. Jürgen Schmude
Bundesminister

Geboren am 9. Juni 1936 in Insterburg (Ostpreußen), evangelisch, verheiratet, zwei Kinder. Studium in Göttingen, Berlin, Bonn und Köln, erstes und zweites juristisches Staatsexamen; Promotion zum Dr. jur. an der Universität Bonn. Rechtsanwalt.

Seit 1957 Mitglied der SPD, verschiedene örtliche Parteifunktionen. 1964 bis 1971 Mitglied des Rates der Stadt Moers, 1969 auch Kreistagsabgeordneter in Moers.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1969 für den Wahlkreis 82 (Moers). Mai 1974 bis Dezember 1976 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Danach Vorsitzender im Arbeitskreis (Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik) der SPD- Bundestagsfraktion.

Seit 16. Februar 1978 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.